"I come in peace" – Joe Cockers Hit ist nicht das Lied, mit dem deutsche SoldatInnen an den Fronten der Welt aufmarschieren. 100 Jahre nach Beginn des ersten Weltkriegs möchte Deutschland wieder „überall mitmischen“. Im schwarz-roten Koalitionsvertrag heißt es: „Die Bundeswehr wird auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert.“ Dies setze ein „breites militärisches Fähigkeitsspektrum“ voraus.

Dass die Fähigkeiten „unserer“ Truppe nicht beim „versehentlichen“ Bombardieren von verdächtigen Benzindieben wie in Kundus enden, war schon der schwarz-gelben Vorgängerregierung ein Herzensanliegen: In den 2011 runderneuerten verteidigungspolitischen Richtlinien setzte Minister de Maizière fort, was sein Vorgänger Rühe 1992 begonnen hatte: „Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehört, (...) einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“

Dazu sollen künftig 11000 deutsche Soldaten statt bisher 7000 im ständigen Auslandseinsatz gehalten werden können. Sie erhalten modernste Mordwerkzeuge auf Weltniveau. Alles zielt darauf ab, weltweit in kürzester Zeit militärisch eingreifen zu können. Die angelaufene Umrüstung ist auf maximal fünf Jahre angesetzt und soll rund 100 Milliarden Euro zusätzlich kosten.

Wir wollen statt all dieser Rüstungsprojekte und Kriege eine aktive Friedenspolitik.

Die berechtigte Unzufriedenheit vieler Menschen in der Ukraine wurde benutzt, um ein Regime, bestehend aus Oligarchen und Faschisten (Swoboda) an die Macht zu bringen. Nato und EU decken dieses Regime, das auf einen Bürgerkrieg hinarbeitet, z.B. durch das versuchte Verbot von Russisch als zweiter Amtssprache und den Aufbau einer Bürgerkriegsarmee (Nationalgarde mit Integration der rechten Schläger vom Maidan).

Deutschland trägt substanziell zu verfestigten Nazistrukturen im In- und Ausland bei. So ist im Inland der NSU mit 200000 DM vom Verfassungsschutz aufgebaut worden. Die hessische Landesregierung behindert die Aufklärung, indem sie den Verfassungsschutzbeamten keine Aussagegenehmigungen vor dem NSU-Untersuchungsausschuss und dem Gericht erteilt.

Unsere Forderungen:

- Schluss mit dem Militarisierungskurs der Großen Koalition
- Keine weitere Einmischung Deutschlands in der Ukraine
- Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland
- Ächtung und Beseitigung aller Atom- und sonstigen Massenvernichtungswaffen
- Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze der Bundeswehr
- kein Bundeswehreinsatz im Inland
- Verbot von Rüstungsexporten
- Umfassende Abrüstung
- Schulfrei für die Bundeswehr – keine Werbung für die Bundeswehr in Schulen, Arbeitsagenturen, Rathäusern und Landratsämtern
- Offene Grenzen für Europa
- Einsetzung eines hessischen NSU-Untersuchungsausschusses

Ostermarsch 2014

Den Umbau der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ stoppen!
100 Jahre Erster Weltkrieg: Die Waffen nieder – heute so aktuell wie 1914!
75 Jahre Zweiter Weltkrieg: Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!
15 Jahre Kriegseinsätze der Bundeswehr: Es ist genug!



Bruchköbel, Karfreitag, 18.4.2014
14.00 Uhr Kundgebung am Freien Platz
ca. **15.00 Uhr** Ostermarsch durch Bruchköbel
ca. **15.30 Uhr** Friedensfest an der Dicken Eiche

Redner: **Jürgen Wagner**
(Informationsstelle Militarisierung, Tübingen)
Richard Pfaff (IG Metall, Hanau)
Nadide Aydin (DIDF-Jugend, Hanau)
Musik: **Robert Pfaff**

Hanauer Friedensplattform

Bündnis gegen Rechts - Hanau

DGB

Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, sind von der Veranstaltung ausgeschlossen.

Frankfurt/Offenbach, Ostermontag, 21.4.2014
10.00 Uhr Treffpunkt Hanau Hauptbahnhof (Gleis 6)
10.09 Uhr Abfahrt ab Hanau Hauptbahnhof
10:30 Uhr Kundgebung Offenbach, Stadthof (Rathaus)
13.00 Uhr Abschlusskundgebung Römerberg Frankfurt

V.i.S.d.P.: DGB Südosthessen | Alexandre da Silva | 63450 Hanau, Am Freiheitsplatz 6